

## Einkommen in Ostdeutschland holen seit 1996 kaum noch auf

Für die Bürger in den neuen Bundesländern bemisst sich der Erfolg der Wiedervereinigung in hohem Maße am Fortschritt in der Angleichung der Lebensverhältnisse mit den Einwohnern des früheren Bundesgebietes. Ein zentraler Indikator ist in diesem Zusammenhang die Veränderung der primären bzw. sekundären Einkommensverteilung<sup>1</sup> im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Nachdem das Statistische Bundesamt die Berichterstattung über die Entwicklung der verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland nach den drei Sektoren private bzw. öffentliche Haushalte sowie Unternehmen im Jahr 1995 eingestellt hatte, klaffte im amtlichen Datenwerk auf der *Makroebene* seither eine gewichtige Lücke. Das ifo Institut hatte deshalb in den letzten Jahren immer wieder Schätzungen zur Einkommenssituation der *privaten Haushalte* in Ostdeutschland auf der Basis des *Mikrozensus* veröffentlicht.

Vor kurzem hat nun der *Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen* der Länder in Nachfolge der Pionierarbeiten des Statistischen Bundesamts erstmals detaillierte Angaben zur Einkommensentwicklung nach *Bundesländern* vorgelegt.<sup>2</sup> Einige Hauptergebnisse dieser Regionalstatistik, die zudem den Erfordernissen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG'95) genügt, werden hier für den Zeitraum 1991 bis 1999 vorgestellt. Zusätzlich wird auf die Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen in Ostdeutschland im zeitlichen wie auch im regionalen Vergleich eingegangen.

### Die Ausgangslage beim Start in die Währungsunion

Im Jahr 1989 betrug das verfügbare Einkommen je Einwohner in der DDR (umgerechnet auf D-Mark)<sup>3</sup> ca.

9.700 DM, während es sich im damaligen Bundesgebiet auf 22.300 DM belief, die Ost-West-Relation der Einkommen betrug also 43 1/2 %. Zugleich verdienten Arbeitnehmer in der Industrie der DDR brutto im Monat durchschnittlich 1.322 (DDR-)Mark, während in Westdeutschland durchschnittlich je Arbeiter brutto 3.328 DM, je Angestellten brutto 4.190 DM monatlich gezahlt wurden. Wegen der höheren Steuer- und Sozialabgabenbelastung in der damaligen Bundesrepublik und der unterschiedlichen Erwerbsstruktur (deutlich höhere Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland) war das Verhältnis der tatsächlich verfügbaren Nettoarbeitseinkommen für die DDR-Bürger allerdings günstiger als bei den genannten Bruttogrößen. Mit dem Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zur Jahresmitte 1990 stiegen die Löhne in der DDR-Wirtschaft rasant an, z. B. in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) bis Oktober 1990 um nicht weniger als 15,5 %.

Die Übertragung des westdeutschen Sozialsystems führte gleichzeitig zu enormen Zuwachsraten bei den Transferbezügen. So wurde die Eckrente (monatlicher Bezug eines Rentners nach 45 Versicherungsjahren mit Durchschnittsverdienst) auf 672 DM festgesetzt, nachdem sie im Monat zuvor noch – je nach Rentenbeginn – bei 470 bis 602 DDR-Mark lag (vgl. dazu auch Kasten). Die Ost-West-Relation der Alterseinkünfte betrug ab Juli 1990 bereits 40,3 %, zuvor hatte sie zwischen 29,1 % und 37,3 % gelegen.

### Arbeitseinkommen

Im Zuge der von den (westdeutschen) Gewerkschaften propagierten „Tarifunion mit Westdeutschland“ expandierten die Arbeitseinkommen der ostdeutschen Arbeitnehmer weiter rasch. Innerhalb von nur

<sup>1</sup> Mit den Begriffen *primäre* bzw. *sekundäre Einkommensverteilung* wird auf die Unterscheidung zwischen der Einkommensverteilung vor bzw. nach der Umlenkung über die öffentlichen Haushalte (einschließlich der Sozialversicherung) abgestellt.

<sup>2</sup> Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2001), *Verwendung des Bruttoinlandsprodukts, Einkommen der privaten Haushalte in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2000 – revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995. Für die Einkommensgrößen wurden Ergebnisse bis 1999 vorgelegt; der Berechnungsstand des Statistischen Bundesamts für diese Daten ist September 2000.*

<sup>3</sup> Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1994), *Sozialprodukt und Einkommenskreislauf I/1989 bis II/1994, Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland.*

zwei Jahren stieg das in den neuen Bundesländern<sup>4</sup> ansässigen Arbeitnehmern bezahlte Durchschnittsentgelt (einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) von 26.400 DM auf knapp 40.000 DM, also um mehr als die Hälfte. Auch unter Berücksichtigung, dass die effektive Arbeitszeit der Beschäftigten in diesem Zeitraum deutlich zugenommen hat – die Kurzarbeiterzahl ging von 1,55 Mill. auf 176.000 zurück, gleichzeitig verminderte sich der durchschnittliche Arbeitsausfall je Kurzarbeiter von rund 56 % auf 47 % der betriebsüblichen Arbeitszeit – gab es in Westdeutschland noch nie in so kurzer Zeit einen Anstieg in dieser Größenordnung. Die Ost-West-Relation der Entgelte je Arbeitnehmer erhöhte sich von 50,4 % im Jahr 1991 auf 69,6 % im Jahr 1993. Zwar verlangsamte sich der Anpassungsprozess in den Folgejahren deutlich, doch war das Verhältnis bis 1995 schon auf rund drei Viertel gestiegen. Seither wurde kaum noch aufgeholt, weil die prekäre Arbeitsmarktsituation keine nennenswert über den westdeutschen Tarifvereinbarungen liegenden Abschlüsse mehr zuließ (vgl. Tab. 1).<sup>5</sup>

Die Lohnentwicklung in den einzelnen neuen Bundesländern unterscheidet sich nicht wesentlich voneinander; überall beträgt der Zuwachs von 1991 bis 1999 reichlich 80 %. Allerdings gibt es in der absoluten Höhe der Einkommen einen Ausreißer nach oben: In Brandenburg ist das von Ortsansässigen empfangene Entgelt schon seit Jahren um durchschnittlich ca. 2.000 DM pro Jahr höher als dasjenige, das an Arbeitnehmer bezahlt wird, die in diesem Bundesland beschäftigt sind. Gegenüber den anderen neuen Bundesländern betrug der Einkommensvorsprung Brandenburgs im Jahr 1999 immerhin zwischen 7 1/2 % und 9 %. Maßgeblich für diesen Sachverhalt sind die vielen Auspendler, die ihr Einkommen außerhalb Brandenburgs erzielen (und hier insbesondere in Berlin, wo das Einkommensniveau deutlich höher ist).

### Selbständigen- und Vermögenseinkommen

Die übrigen am Markt erzielten Einkommen der privaten Haushalte<sup>6</sup> setzen sich zusammen aus den Betriebsüberschüssen, den Selbständigeneinkom-

Tab. 1 **Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern**  
Inländerkonzept – Früheres Bundesgebiet mit Berlin = 100

Jahr	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Neue Bundesländer
1991	54,2	50,3	49,6	49,8	48,8	50,4
1992	67,6	62,0	61,5	62,1	61,0	62,7
1993	74,7	68,8	68,4	69,1	67,5	69,6
1994	77,9	72,1	72,0	72,3	71,2	73,0
1995	80,2	74,8	75,0	75,1	73,8	75,7
1996	81,0	75,4	75,5	75,8	74,4	76,3
1997	81,6	75,5	75,7	76,2	75,0	76,7
1998	82,3	75,7	75,8	76,4	75,1	77,0
1999	82,2	75,6	76,2	76,5	75,6	77,2

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

<sup>4</sup> Innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder wird Berlin nicht mehr in einen West- und einen Ostteil aufgeteilt, deshalb werden hier Daten für die neuen Flächenländer jeweils mit Daten für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin verglichen.

<sup>5</sup> Zwar gab es auch in den vergangenen Jahren in vielen Branchen weitere Anpassungen der tariflichen Löhne und Gehälter Richtung 100 % des Westniveaus – Ende 2000 lag bei den Grundentgelten der Wert im Durchschnitt bei 91 %. Die Relation ist de facto aber niedriger. Das liegt z. B. daran, dass in Ostdeutschland bei tarifgebundenen Arbeitsverhältnissen die Tariflöhne in der Regel den Effektivlöhnen entsprechen dürften, während in Westdeutschland häufig übertariflich entlohnt wird. Hinzu kommt, dass eine formale Tarifbindung in den neuen Bundesländern nach einer Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nur für 26 % der Betriebe (mit 58 % aller Beschäftigten) besteht. Nichttarifgebundene Arbeitgeber können mit ihren Beschäftigten Löhne und Gehälter vereinbaren, die von den entsprechenden Tarifvereinbarungen nach unten abweichen. Schließlich sind die Arbeitszeiten im Westen in vielen Branchen kürzer und Leistungen wie Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld höher als in den neuen Bundesländern.

<sup>6</sup> Wie in der Abgrenzung der Sektoren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehören zu den privaten Haushalten hier die Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Gewerkschaften, religiöse Vereinigungen).

men und dem Saldo der Vermögenseinkommen. Zusammengenommen hatten diese Einkommen im Jahr 1999 in den neuen Bundesländern einen Anteil an den gesamten Primäreinkommen von 20,2 % (westdeutsche Bundesländer und Berlin: 30,1 %). Sie sind damit zwar immer noch deutlich weniger gewichtig als die Arbeitnehmerentgelte, haben aber im Laufe des vergangenen Jahrzehnts an Bedeutung gewonnen (Anteil 1991: 13,9 % bzw. 27,7 %). Immerhin waren die Selbständigen- und Vermögenseinkommen (einschließlich der Betriebsüberschüsse) je Einwohner gerechnet im Jahr 1999 in Ostdeutschland nahezu halb so groß wie in Westdeutschland, 1991 war es noch nicht einmal ein Viertel gewesen (vgl. Tab. 2).

Das geringere Gewicht dieser Einkommenskategorie in den neuen Bundesländern rührt zum einen daher, dass es dort – relativ gesehen – weniger Selbständige gibt. Der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen beträgt etwas über 8 % (im Jahr 1991 waren es sogar nur 5 %), während es in den westlichen Ländern (einschließlich Berlin) durchschnittlich rund 11 % sind. Zum anderen sind wegen der im Schnitt beträchtlich geringeren Vermögen – im Jahr 1993 betrug das Nettogeldvermögen je Haushalt in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost 21.256 DM, im Westen waren es mit 61.119 DM nahezu dreimal

so viel; bis zum Jahr 1998 war es auf 29.622 DM bzw. 68.611 DM gestiegen<sup>7</sup> – folglich auch Zins-, Dividenden- und ähnliche Einkommen spürbar niedriger.

### Primäreinkommen insgesamt

Zusammengenommen erzielten die Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern im Jahr 1991 durchschnittlich nur knapp 45 % der Primäreinkommen im Vergleich zum Westen Deutschlands. Nach vier Jahren mit sehr kräftigen Einkommenszuwächsen betrug das Verhältnis 1995 schon 70 %. Seither gab es wegen der Stockung des wirtschaftlichen Anpassungsprozesses kein weiteres Aufholen mehr. Da der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Osten niedriger als im Westen ist, fällt das Ergebnis je Einwohner gerechnet etwas ungünstiger aus; im Jahr 1999 wurde erst ein Niveau von gut 67 % des Wertes im früheren Bundesgebiet erreicht. Auch bei dieser Betrachtung zeigt sich seit 1995 kaum noch Bewegung (vgl. Tab. 3).

### Einkommensumverteilung durch den Staat

Die den privaten Haushalten letztendlich tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen ergeben sich nach der Umverteilung der Primäreinkommen durch

Tab. 2

#### Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen und Vermögenseinkommen (Saldo) der privaten Haushalte nach Bundesländern DM je Einwohner

Jahr	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Neue Bundesländer	Früheres Bundesgebiet mit Berlin
1991	2.208	2.098	1.824	1.850	1.845	1.936	8.693
1992	3.170	2.815	2.642	2.670	2.676	2.769	8.807
1993	3.707	3.373	3.188	3.181	3.199	3.305	8.795
1994	4.345	3.932	3.724	3.692	3.726	3.855	9.242
1995	4.801	4.386	4.171	4.072	4.133	4.285	9.483
1996	4.940	4.577	4.353	4.313	4.352	4.480	9.668
1997	5.123	4.884	4.641	4.578	4.635	4.747	10.266
1998	5.243	5.024	4.878	4.691	4.849	4.923	10.877
1999	5.408	5.133	5.028	4.817	4.986	5.064	11.254

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

<sup>7</sup> Vgl. Münnich, M. (2001) „Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2“, in: Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik*, 2/2001, S. 121–134. Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr pro Monat wurden nicht berücksichtigt.

Tab. 3 **Primäreinkommen der privaten Haushalte in den neuen Bundesländern  
je Einwohner**

Früheres Bundesgebiet mit Berlin = 100

Jahr	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Neue Bundesländer
1991	48,9	43,6	43,5	42,4	44,4	44,4
1992	56,9	50,6	49,6	49,6	50,6	51,2
1993	62,9	57,2	55,7	56,0	56,9	57,4
1994	68,2	62,5	61,0	60,7	62,2	62,6
1995	72,1	67,0	66,0	64,8	65,8	66,9
1996	72,9	68,0	67,1	65,4	66,9	67,9
1997	72,5	67,4	66,6	64,7	66,8	67,4
1998	71,8	66,6	66,0	64,2	67,2	67,0
1999	71,0	66,6	66,3	64,0	68,0	67,1

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 4 **Monetäre Sozialleistungen an private Haushalte in den neuen Bundesländern  
je Einwohner**

Früheres Bundesgebiet mit Berlin = 100

Jahr	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Neue Bundesländer
1991	90,2	88,9	98,5	96,4	97,2	95,2
1992	99,2	100,8	108,1	104,4	106,7	104,6
1993	105,6	107,6	118,2	112,9	112,8	112,6
1994	102,8	105,3	114,5	112,0	108,3	109,6
1995	105,7	105,7	117,3	114,8	110,7	112,1
1996	108,7	108,5	119,5	117,9	114,3	114,9
1997	113,5	113,0	124,9	123,9	119,3	120,1
1998	114,7	114,2	126,0	125,7	119,9	121,3
1999	116,6	116,3	127,4	128,1	120,3	122,8

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

die öffentliche Hand. So sind von den Markteinkommen Steuern und Sozialbeiträge zu entrichten, andererseits zahlen der Staat und in geringem Maße auch Unternehmen und Ausland Transfers – von diesen Sozialleistungen sind zum Teil allerdings auch wieder Sozialbeiträge und Steuern zu entrichten. Bei diesen Transaktionen verschieben sich die Einkommensrelationen kräftig zugunsten der neuen Bundesländer. Hier spielt zunächst eine gewichtige Rolle, dass die Belastung mit Einkommen- und Vermögensteuern sehr unterschiedlich ist: Von 100 DM Bruttoeinkommen mussten in den neuen Bundesländern 1999 im Durchschnitt nur 8,77 DM an Steuern entrichtet werden gegenüber 14,49 DM im früheren Bundesgebiet (mit Berlin).

Außerdem erhielt die ostdeutsche Bevölkerung – je Einwohner gerechnet – mehr an Transferzahlungen als die westdeutsche, denn von 1991 bis 1999 war zwar der Anteil an der gesamtdeutschen Einwohnerzahl von 18,3 % auf 17 % gesunken, gleichzeitig war jener an den monetären Sozialleistungen von 17,6 % auf 20,1 % gestiegen. In dieser Einkommens-kategorie konnte der Ostteil – bezogen auf die Einnahmen je Einwohner – bereits 1992 den Westen überholen (vgl. Tab. 4). Zu diesem Ergebnis trug die rasche Einführung vieler Sozialleistungen nach westdeutschem Vorbild wie die dynamische Altersrente, Arbeitslosen- und Wohngeld, Ausbildungsförderung und Sozialhilfe maßgeblich bei.

### Zur Entwicklung der Renten in den neuen Bundesländern

Die Durchschnittsrente<sup>8</sup> ist in Ostdeutschland beträchtlich gestiegen, seit Mitte 1995 ist sie sogar höher als im Westen. Bereits zur Jahresmitte 1991 lag die durchschnittlich in Ostdeutschland an Frauen gezahlte Rente über dem westdeutschen Vergleichswert, für Männer wurde der westdeutsche Referenzwert erstmals zur Jahresmitte 1997 übertroffen. Zum 1. Juli 1999 betrug die Durchschnittsrente im Osten 1.468 DM, im Westen 1.322 DM.

Das Rentenversicherungssystem in der DDR entsprach von seinen statischen Grundstrukturen her demjenigen Alterssicherungssystem, das in Westdeutschland vor der Rentenstrukturreform 1957 gegolten hat. Zum 1. Juli 1990 erfolgte im Rahmen der Angleichung der beiden deutschen Rentenversicherungssysteme (RAG) die erste strukturelle Verbesserung der DDR-Renten. Die im Verhältnis 1:1 auf DM umgestellten Bestandsrenten wurden derart angepasst, dass ostdeutsche Durchschnittsverdiener nach 45 Arbeitsjahren – wie in Westdeutschland – eine (Eck-)Rente in Höhe von 70 % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts erhielten. Bei der Rentenumstellung war ein nominaler Bestandschutz garantiert. Außerdem wurden bestimmte Leistungen gegebenenfalls auf neue Mindestwerte angehoben. Schließlich wurde ein Sozialzuschlag eingeführt, der einer „pauschalierten Sozialhilfeleistung“ gleichkam.

Zum 1. Januar 1992 erfolgte mit dem Renten-Überleitungsgesetz (RÜG) die Umbewertung der bisherigen Altersrenten nach den lohn- und beitragsbezogenen Grundsätzen des Rentenrechts im bisherigen Bundesgebiet. Sofern sich bei der Neubewertung einer bereits laufenden Ostrente ein niedrigerer Zahlungsbetrag als zuvor ergab, wurde die Differenz als undynamisierter Auffüllbetrag neben der Rente weitergezahlt. Ab 1996 wurden die Auffüllbeträge im Zuge der Rentenanpassungen wieder abgeschmolzen. Zusätzlich wurde vereinbart, bis Ende des Jahres 1996 bei den Zugangsrenten das alte DDR-Recht dann weiter anzuwenden, wenn sich dadurch höhere Rentenbeträge ergeben. Bei Rentenzugängen der Jahre 1992 und 1993 wurde der Differenzbetrag wie beim Rentenbestand als Rentenzuschlag geleistet, bei Rentenzugängen der Jahre 1994 bis 1996 hingegen als Übergangszuschlag.

Zur günstigen Ost-West-Rentenrelation trugen überdies die längeren Versicherungszeiten in den neuen Bundesländern bei. Hier schlugen sich die nach DDR-Rentenrecht höheren Altersgrenzen für Männer sowie die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen in Ostdeutschland nieder. So beliefen sich Ende 1997 die insgesamt angerechneten rentenrechtlichen Zeiten in den neuen Bundesländern für Männer im Durchschnitt auf 45,9 Jahre, für Frauen auf 34,1 Jahre. In den alten Bundesländern betragen die entsprechenden Werte für Männer lediglich 39,7 bzw. für Frauen 25,3 Jahre.<sup>9</sup> Zum Vorsprung der durchschnittlichen Ostrenten haben schließlich auch die verschiedenen Besitzschutzbeträge beigetragen, obwohl diese inzwischen vielfach abgebaut sind.

<sup>8</sup> Durchschnittlich verfügbare Rente wegen Alters und wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur Krankenversicherung (KVdR) und zur Pflegeversicherung (PVdR).

<sup>9</sup> Vgl. Nierhaus, W. (1999), „Höhere Rentenanpassung in Ostdeutschland erforderlich?“, ifo Schnelldienst, 52(19), S. 22.

Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es sich bei den monetären Sozialleistungen nicht um eine Nettoeinkommensgröße handelt. Vielmehr sind darin noch die Beträge enthalten, die als Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen bzw. als Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen an die Sozialversicherungen abgeführt werden müssen, hinzu kommen die Lohnsteuern auf Pensionen. Bei den Sozialbeiträgen des Staates sind von besonderer Bedeutung zum einen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für Empfänger von Arbeitslosengeld und -hilfe, zum anderen die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, die die Rentenversicherungsträger zu entrichten haben. Bei den Eigenbeiträgen der Transferempfänger handelt es sich im Wesentlichen um Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge aus Renteneinkünften. Die Belastung der einzelnen Transferarten mit Pflichtbeiträgen

ist sehr unterschiedlich, so gehen beim Arbeitslosengeld ca. 41 % der Bruttogröße an die Sozialversicherungsträger und bei der Arbeitslosenhilfe rund 30 %, während es bei den Renten etwa 14 % (davon ist jeweils die Hälfte von der Rentenversicherung und von den Rentnern zu tragen) sind. Da die mit Abzügen höher belasteten Sozialleistungen Arbeitslosengeld und -hilfe im Osten wegen der hier besonders schlechten Arbeitsmarktsituation viel mehr zu den gesamten Transfers beitragen als im Westen, muss damit gerechnet werden, dass die Abzüge für Sozialversicherungsbeiträge im Durchschnitt auch beträchtlich höher sind.

Gleiches gilt für die verfügbaren Arbeitnehmereinkommen. Dies liegt daran, dass die Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern im Jahr 1999 bereits 84,7 % des

## Übersicht 1

## Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 1999

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet mit Berlin	Neue Bundesländer
Mrd. DM			
Arbeitnehmerentgelte	2.060,29	1.780,39	279,90
+ Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen	483,75	438,02	45,73
+ Saldo der Vermögenseinkommen	353,49	328,41	25,08
empfangene Vermögenseinkommen	539,08	-	-
abzüglich: geleistete Vermögenseinkommen	185,59	-	-
<b>= Primäreinkommen</b>	<b>2.897,53</b>	<b>2.546,83</b>	<b>350,70</b>
+ empfangene monetäre Sozialleistungen	782,26	624,72	157,54
- geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	399,86	369,11	30,75
- geleistete Sozialbeiträge	808,97	687,54	121,43
+ Saldo der sonstigen laufenden Transfers	-1,97	-3,18	1,21
empfangene sonstige laufende Transfers	125,88	-	-
abzüglich: geleistete sonstige laufende Transfers	127,85	-	-
<b>= Verfügbares Einkommen</b>	<b>2.468,99</b>	<b>2.111,72</b>	<b>357,27</b>
DM je Einwohner			
<b>Primäreinkommen</b>	<b>35.298</b>	<b>37.395</b>	<b>25.084</b>
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	9.530	9.173	11.268
- geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	4.871	5.420	2.200
- geleistete Sozialbeiträge	9.855	10.095	8.685
+ Saldo der sonstigen laufenden Transfers	-24	-47	86
empfangene sonstige laufende Transfers	1.534	-	-
abzüglich: geleistete sonstige laufende Transfers	1.558	-	-
<b>= Verfügbares Einkommen</b>	<b>30.078</b>	<b>31.007</b>	<b>25.553</b>
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen			

Quelle: Statistisches Bundesamt (Berechnungsstand: September 2000); Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

westdeutschen Wertes betrug, obwohl die Bruttolöhne und -gehälter erst 76,7 % des Westniveaus erreicht hatten; damit ist ein größerer Teil der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen sozialversicherungspflichtig. Hinzu kommt, dass der durchschnittliche Beitragssatz zur Krankenversicherung im Osten seit Jahren höher liegt als im Westen; im Jahr 1999 betrug die Differenz 0,4 Prozentpunkte. Insgesamt gesehen hatten die privaten Haushalte in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren rund ein Drittel ihrer Bruttoeinkommen (Basis: gesamte Primäreinkommen) als Sozialbeiträge an den Staat abzuführen, in Westdeutschland (einschließlich Berlin) waren es mit 27 % spürbar weniger.

**Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte**

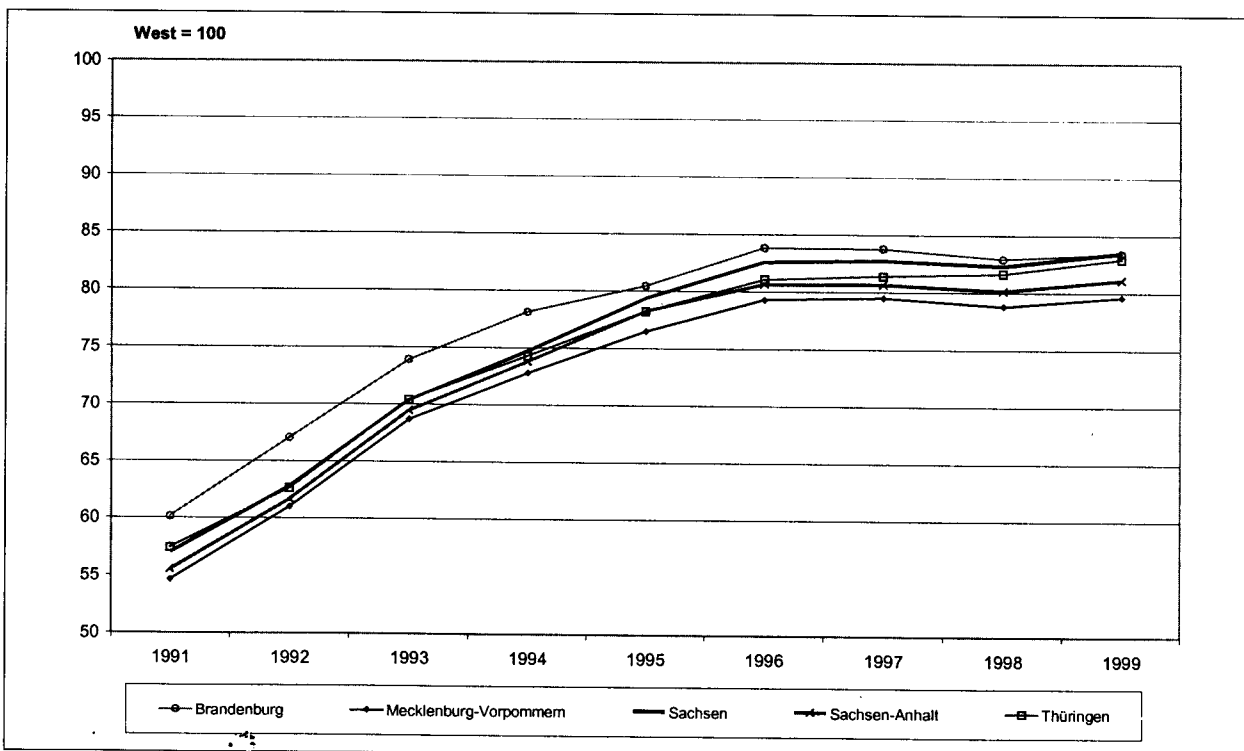
Die tatsächlich verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ergeben sich aus den gesamten Bruttoein-

kommen (Primäreinkommen) zuzüglich der empfangenen monetären Sozialleistungen abzüglich der geleisteten Einkommens- und Vermögenssteuern und der gezahlten Sozialbeiträge (vgl. Übersicht 1). Schließlich werden noch die per saldo empfangenen sonstigen laufenden Transfers addiert. Hierzu zählen etwa die an Schadenversicherungen geleisteten Nettoprämien (abzüglich Schadenversicherungsleistungen), Geldstrafen, verbrauchsnahe Steuern und Verwaltungsgebühren sowie die Transfers des Staates an private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Insgesamt zeigt sich, dass 1999 das verfügbare Einkommen pro Einwohner in den neuen Bundesländern mit 25.553 DM rund 82 1/2 % des Wertes im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin erreicht hat (1991: 57,0 %; vgl. Abb. 1). Pro Jahr stiegen die verfügbaren Einkommen je Einwohner im Zeitraum 1991 bis 1999 um durchschnittlich 7,2 % (Westdeutschland: 2,3 %).

Abb. 1

**Verfügbares Einkommen je Einwohner**



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Die Einkommensunterschiede sind von Bundesland zu Bundesland nicht sehr groß: Seit 1991 liegt die Zuwachsrates der verfügbaren Einkommen je Einwohner im Schnitt bei etwa 75 %, nur in Brandenburg ist sie mit 67 % merklich niedriger. Am expansivsten war die Entwicklung im Freistaat Sachsen, der von einem Durchschnittsniveau im Jahr 1991 bis 1999 auf einen Spitzenplatz gelangte (vgl. Abb. 1). In absoluten DM-Beträgen gerechnet halbierte sich die Differenz der Pro-Kopf-Einkommen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern seit 1991 von reichlich 11.000 DM auf knapp 5.500 DM im Jahr 1999 (vgl. Tab. 5).

Damit haben sich die früheren Schätzungen des ifo Instituts zur Einkommensangleichung in den neuen Bundesländern grosso modo bestätigt. Auf Basis der Haushaltsangaben zum Nettoeinkommen in den Mikrozensus-erhebungen hatte das ifo Institut beispielsweise für das Jahr 1998 die Ost-West-Relation (damals gerechnet für neue Bundesländer und Berlin-Ost im Verhältnis zum früheren Bundesgebiet) der verfügbaren Einkommen, je Haushalt gerechnet, mit 85,1 % veranschlagt.<sup>10</sup> Korrigiert man dieses

Verhältnis noch um die – in beiden Landesteilen unterschiedliche – Haushaltsgröße, so ergibt sich, je Einwohner gerechnet, eine geschätzte Einkommensrelation von 83,8 %. Nach den Angaben des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder beläuft sich nun der amtliche Wert auf 81,4 % (jetzt allerdings in der Abgrenzung neue Flächenländer in Relation zu den alten Bundesländern einschließlich Berlin).

**Preis- und Kaufkraftbereinigte Ergebnisse**

Alles in allem hat sich also die Einkommenssituation der Bevölkerung in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung erheblich verbessert. Im Zeitraum 1991 bis 1999 haben sich die verfügbaren Einkommen je Einwohner in Ostdeutschland – trotz des deutlichen Anstiegs der Zahl von Erwerbslosen – insgesamt um 75 % erhöht; real, d. h. unter Berücksichtigung der im Osten in den betreffenden acht Jahren aufgelaufenen Preissteigerung in Höhe von 38,6 %, verblieb ein beachtliches Plus von 25,5 %.<sup>11</sup> In den alten Bundesländern hingegen stiegen die nominal verfügbaren Einkommen je Einwohner im gleichen Zeit-

Tab. 5

**Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte nach Bundesländern**  
– DM je Einwohner –

Jahr	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Neue Bundesländer	Früheres Bundesgebiet mit Berlin
1991	15.493	14.071	14.681	14.305	14.792	14.690	25.764
1992	18.092	16.466	16.950	16.647	16.900	17.021	26.991
1993	20.247	18.818	19.281	19.029	19.286	19.344	27.395
1994	21.722	20.244	20.776	20.522	20.651	20.804	27.804
1995	22.853	21.730	22.545	22.229	22.224	22.377	28.413
1996	24.217	22.906	23.867	23.303	23.423	23.619	28.895
1997	24.672	23.409	24.368	23.753	23.970	24.111	29.449
1998	25.116	23.876	24.935	24.274	24.727	24.669	30.290
1999	25.855	24.682	25.883	25.149	25.709	25.553	31.007

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

<sup>10</sup> Vgl. Nierhaus, W. (1999), „Zum Stand der Konvergenz in Ostdeutschland im Jahr 1999“, ifo Dresden berichtet, 6(5), S. 6 ff.

<sup>11</sup> Die Verbraucherpreisentwicklung wird hier am Preisindex des privaten Konsums gemessen. Dieser Index unterscheidet sich vom üblicherweise verwendeten Preisindex für die Lebenshaltung einmal dadurch, dass er sich auf den gesamten Verbrauch der privaten Haushalte (also einschließlich der Organisationen ohne Erwerbszweck) bezieht, und dass aktuelle Veränderungen der Verbrauchsstruktur berücksichtigt sind (Paasche-Preisindex). Zudem enthält der Konsumdeflator die Reiseausgaben ortsansässiger Haushalte im Ausland (Inländerkonzept). Schließlich gibt es die Preisindizes des privaten Konsums in der neusten regionalen VGR-Abgrenzung, während der westdeutsche Preisindex für die Lebenshaltung das frühere Bundesgebiet einschließlich Westberlin und der ostdeutsche Preisindex die fünf neuen Bundesländer einschließlich Ostberlin umfasst.



raum nur um 20 1/2 %, nach Abzug der Inflation (16,5 %) haben sie real mit einer Rate von 3,3 % kaum zugenommen (vgl. Tab. 6). Den Spitzenplatz mit einem realen Zugewinn von 27,2 % im Zeitraum 1991 bis 1999 nimmt auch hier wieder der Freistaat Sachsen ein, das Schlusslicht markiert in dieser Statistik das Land Brandenburg mit einer Steigerungsrate der real verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen von „lediglich“ 20,4 %.

Trotz des durchschnittlich höheren Preisanstiegs in den neuen Bundesländern ist das Verbraucherpreisniveau insbesondere wegen der hier nach wie vor geringeren Mietzahlungen schließlich immer noch niedriger als im Westen. Die regionale Preisdifferenzierung geht hauptsächlich auf die massive staatliche Einflussnahme auf die Preisgestaltung in der ehemaligen DDR zurück. Güter des täglichen Bedarfs (insbesondere Grundnahrungsmittel) und viele Dienstleistungen (öffentlicher Personennah- und -fernverkehr, Energie, Wohnungsmieten) waren heruntersubventioniert, höherwertige Ge- und Verbrauchsgüter waren dagegen durch produktbezogene Abgaben verteuert.

Mit Einführung der D-Mark im Juli 1990 wurden die Preise für Grundnahrungsmittel kräftig erhöht, gleichzeitig wurden die Preise der meisten Gebrauchsgüter massiv gesenkt. Unverändert blieben lediglich die günstigen Wohnungsmieten<sup>12</sup> sowie die niedrigen Energie-, Verkehrs- und Posttarife, die erst in den Folgejahren gestaffelt angehoben wurden. Per saldo blieb aber das Verbraucherpreisniveau in Ostdeutschland seit dem Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion – wenn gleich in abnehmendem Maße – niedriger als im Westen.<sup>13</sup>

Umfassende amtliche Angaben für den zwischenörtlichen Preisvergleich in Deutschland gibt es allerdings nur für das Stichjahr 1993. In Ergänzung zur amtlichen Statistik hat das ifo Institut deshalb regionale Verbrauchergeldparitäten von 1991 an berechnet. Verbrauchergeldparitäten geben an, welche DM-Beträge jeweils erforderlich waren, um einen Warenkorb (bestimmter Qualität), der in Westdeutschland 100 DM kostet, in Ostdeutschland zu kaufen. Der

Tab. 6

**Real verfügbares Einkommen der privaten Haushalte<sup>1)</sup> nach Bundesländern**  
 – je Einwohner 1991 = 100 –

Jahr	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Neue Bundesländer	Früheres Bundesgebiet mit Berlin
1991	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1992	103,7	103,9	102,5	103,3	101,5	102,9	101,5
1993	105,4	107,9	106,0	107,3	105,2	106,2	100,0
1994	109,4	112,3	110,4	112,0	109,0	110,5	99,1
1995	112,7	118,0	117,3	118,7	114,8	116,4	99,4
1996	116,9	121,7	121,5	121,8	118,4	120,2	99,5
1997	116,4	121,5	121,3	121,3	118,4	119,9	99,5
1998	117,0	122,5	122,6	122,5	120,7	121,2	101,3
1999	120,4	126,5	127,2	126,8	125,4	125,5	103,3

1) Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Konsums auf der Basis 1995=100

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

<sup>12</sup> Nach einer Zusatzerhebung des Statistischen Bundesamts im Rahmen des Mikrozensus zur Wohnsituation bezahlten z. B. Mieter in den neuen Bundesländern im Jahr 1998 im Mittel 571 DM für die Wohnungsnutzung, während die Mietaufwendungen in Westdeutschland bei durchschnittlich 789 DM lagen. Pro Quadratmeter gerechnet mussten im Osten durchschnittlich nur 9,53 DM gezahlt werden, im Westen dagegen 11,11 DM.

<sup>13</sup> Zu einer detaillierten Schilderung der Verbraucherpreisbewegungen in den neuen Bundesländern im Zeitraum 1989 bis 1994 siehe Blau, H.; Meister, W.; Nierhaus, W. (1995), „Einkommensentwicklung im Freistaat Sachsen“, ifo dresden studien 6, Dresden, 1995.

Kehrwert der Verbrauchergeldparität ist ein Maß für das Kaufkraftgefälle der D-Mark<sup>14</sup> zwischen den beiden deutschen Teilregionen. Im Jahr 1999 war die Kaufkraft der D-Mark in Ostdeutschland um 8,7 % höher als in den alten Bundesländern, was die Einkommensrelationen dieses Jahres in entsprechendem Ausmaß anhebt. Das um Kaufkraftunterschiede korrigierte Verhältnis der verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen in Ostdeutschland lag 1999 demzufolge überschlägig bei 90 % des westdeutschen Werts im Vergleich zu 75 % im Jahr 1991.

Dass es trotz der beträchtlichen Fortschritte in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung heute immer noch Enttäuschung über die materielle Folgen des Transformationsprozesses gibt, ist wohl in erster Linie auf die anhaltend schlechte Arbeitsmarktlage zurückzuführen. Die Unzufriedenheit resultiert aber wohl auch daraus, dass vielfach unrealistische Vorstellungen über das Tempo der Angleichung der Lebensverhältnisse geherrscht haben oder nach wie vor herrschen.

Wolfgang Meister, Wolfgang Nierhaus

<sup>14</sup> Erforderlicher Zuschlag in % auf Geldbeträge in Ostdeutschland zum Ausgleich von Kaufkraftverlusten, die bei einer hypothetischen Einkommensverwendung in Westdeutschland entstehen würden. Grundlage dieser Berechnungen ist der zwischenörtliche Vergleich des Verbraucherpreisniveaus des Statistischen Bundesamts im Jahr 1993. Die Quantifizierung der Ausgaben für die Wohnungsnutzung stützte sich auf Berechnungen des DIW. Die Einzelergebnisse auf Ebene der SEA-Hauptgruppen wurden mit den jahresdurchschnittlichen Veränderungsdaten der amtlichen Verbraucherpreisindizes für Ost- und Westdeutschland bis zum Jahr 1998 fortgeschrieben bzw. bis zum Jahr 1991 zurückgerechnet. Aufgrund der Umstellung der amtlichen Preisstatistik auf die nunmehr international gültige COICOP-Abgrenzung und des Wechsels des Preisbasisjahrs auf 1995 konnten die Angaben für die Jahre 1999 bis 2001 nur noch überschlägig berechnet werden. Das Kaufkraftgefälle zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland wurde schließlich als Kehrwert der durch Mittelung der nach ostdeutschem bzw. westdeutschem Warenkorb errechneten Kaufkraftparitäten bestimmt. Zur Methodik im Detail siehe Nierhaus, W. (1997), „Wie stark ist die D-Mark in Sachsen? – Ein Kaufkraftvergleich mit Westdeutschland“, ifo Dresden berichtet, 4(2), S. 10 ff.